

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Freitag, 3. Oktober 1952

Blatt 1474

Stadtbaudirektor Max Fiebiger 85 Jahre alt
=====

3. Oktober (RK) Heute vormittag fand im Wiener Stadtbauamt in Anwesenheit von Stadtrat Thaller, Stadtbaudirektor Dipl. Ing. Gundacker und der leitenden Beamten des Stadtbauamtes eine herzliche Ehrung des ehemaligen Stadtbaudirektors Dipl. Ing. Max Fiebiger statt, der sich besonders in den Jahren 1920 bis 1925 als Leiter des Stadtbauamtes Verdienste erworben hat. Stadtbaudirektor Dipl. Ing. Gundacker beglückwünschte den Baufachmann zu seinem 85. Geburtstag, den er morgen in voller geistiger und körperlicher Frische feiern wird. Während seiner 33jährigen Tätigkeit im Stadtbauamt betätigte sich Dipl. Ing. Fiebiger zunächst als Fachmann auf dem Gebiete des Schulhausbaues und beim Bau von Kindergartengebäuden. Besondere Verdienste erwarb er sich beim Aufbau des Schlachthofes St. Marx, der Fortbildungsschule Mollardgasse und vieler anderer Bauten. Vom Gemeinderat und vom Stadtsenat wurden ihm wiederholt die Anerkennung für seine Leistungen ausgesprochen. Seine Ernennung zum Stadtbaudirektor im Jahre 1920 fällt in die Zeit des Beginnes des sozialen Wohnungsbaues nach dem ersten Weltkrieg, der durch seine Tätigkeit einen kräftigen Auftrieb erhielt. Stadtbaudirektor Fiebiger setzte sich dann auch für die Erweiterung der Wiener Hochquellenleitung und der Straßenbeleuchtung Wiens ein. Im Jahre 1925 ist er in den Ruhestand getreten.

Die Glückwünsche der Gemeindeverwaltung überbrachte dem Jubilar Stadtrat Thaller. Er überreichte ihm ein Glückwunschs schreiben von Bürgermeister Jonas, in dem das hervorragende Wirken im Wiener Baudienst hervorgehoben wird. Als Geburtstagsgeschenk erhielt er das soeben erschienene Buch "Stadtplanung Wien" von Prof. Brunner.

Tief beeindruckt dankte sodann der ehemalige Stadtbaudirek-

tor, der in Begleitung seiner Gattin erschienen war, für diese Ehrung und für die langjährige Freundschaft, die ihn während seiner Amtstätigkeit und in den folgenden Jahren mit dem Stadtbaudirektor Fiebiger war es im Laufe der Jahre des Ruhestandes vergönnt, manchen Wunsch aus den Jugendjahren in Wirklichkeit umzusetzen. Es gibt nur wenige Wiener, die sagen können, daß sie die ganze Welt bereist haben, wie es Stadtbaudirektor Fiebiger zwischen den beiden Weltkriegen getan hatte.

Ferkelmarkt vom 1. Oktober

=====

3. Oktober (RK) Aufgebracht wurden 195 Ferkel, verkauft wurden 94. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 6 Wochen 204 S, 7 Wochen 225 S, 8 Wochen 259 S, 10 Wochen 290 S. Der Marktbetrieb war sehr mäßig.

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

3. Oktober (RK) Bürgermeister Jonas eröffnete heute um 11 Uhr die erste Sitzung des Wiener Gemeinderates nach den Sommerferien. Im Einlauf befanden sich ein Antrag der ÖVP und drei Anträge des Linksblockes, weiter wurden von der ÖVP zwei Anfragen, vom Linksblock acht und von der Wahlpartei der Unabhängigen fünf Anfragen eingebracht. Sie alle wurden der geschäftsmäßigen Behandlung zugewiesen. Ein dringlicher Antrag über Benzinpreis- und Kraftfahrzeugsteuer und drei dringliche Anfragen über die Vervielfachung der Hochschulgebühren, den Rommel-Film und die Verwendung der Meidlinger Trainkaserne des Linksblockes, sowie eine dringliche Anfrage der ÖVP ebenfalls über den Rommel-Film werden am Schluß der Sitzung behandelt.

Der Gemeinderat nahm vorerst die durch den Ablauf der Funktionsperiode erforderlich gewordene Wahl von zwölf Mitgliedern der gemeinderätlichen Personalkommission vor.

Verbesserter Kollektivvertrag für städtischen Landwirtschaftsbetrieb

Sodann wurde über den Kollektivvertrag für die Arbeits-

kräfte des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien verhandelt. Vizebürgermeister Honay (SPÖ) referierte über eine neuerliche Änderung dieses Kollektivvertrages, der schon bisher die Bediensteten dieses Betriebes bessergestellt hat als die Arbeiter der privaten Landwirtschaftsbetriebe.

In der Debatte führt GR. Dr. Altmann (LBl.) aus, daß die Vorlage im wesentlichen Verbesserungen des bisher geltenden Kollektivvertrages für die Arbeitskräfte des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien enthalte. Dies allein sei schon ein Anlaß, der Abänderung grundsätzlich zuzustimmen, wengleich die Entlohnungsätze wie auch die sonstigen arbeitsrechtlichen Bestimmungen noch immer ungünstiger seien als für die industrielle oder gewerbliche Arbeiterschaft. Er verlangt die Einhaltung des Grundsatzes "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" bei der Gemeinde Wien und bezieht sich dabei vor allem auf die weiblichen Arbeitskräfte.

Der Redner stellt in diesem Sinne Abänderungsanträge und den Antrag auf Annahme einer Resolution, in der es heißt: Der Gemeinderat der Stadt Wien erachtet es für notwendig, feierlich zu erklären, daß er gewillt ist, überall dort, wo ihm Einfluß zusteht, den alten Grundsatz der kämpfenden Arbeiterbewegung "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" zu verwirklichen. Der Gemeinderat hält die Verwirklichung dieses Grundsatzes nicht nur darum für unbedingt notwendig, weil sonst die Gleichberechtigung der Geschlechter nur eine leere Phrase wäre, sondern vor allem auch darum, weil die Minderentlohnung der Frauen insbesondere in einer Zeit wachsender Arbeitslosigkeit und drohender Krise die Versuche der Unternehmer, die ohnedies unzureichenden Löhne der Arbeiterschaft zu drücken, fördern würde.

Vizebürgermeister Honay verwies in seinem Schlußwort darauf, daß es sich hier um einen Betrieb mit ganz besonderen **Eigenheiten** handelt. Ein Landwirtschaftsbetrieb hat völlig andere Arbeitsverhältnisse als ein gewerblicher oder industrieller Betrieb. Bei ihm ist auch mit der Konkurrenz der privaten Gutsböfe zu rechnen, weil die Entlohnung enge mit der Preisgestaltung zusammenhängt. Eine gleiche Bezahlung bei minderen Leistungen der Frauen würde das Defizit der Gemeindebetriebe nur noch erhöhen, was auf Kosten der Steuerträger ginge. Im übrigen komme die Gemeinde Wien den Frauen in ihrem Landwirtschaftsbetrieb bei der Bezahlung in vieler Beziehung mehr als den Männern entgegen.

In der Arbeitsleistung bestehe ein Unterschied. Während Männer beispielsweise 13 Kühe zu warten haben, sind es bei den Frauen nur 10.

Bei der Abstimmung genehmigt der Gemeinderat die Vorlage unter Ablehnung der Anträge Dr. Altmann.

Über den nächsten Punkt der Tagesordnung, die Gewährung einer Sonderzulage für die Fürsorgeerziehungsheime des "Ordens vom Guten Hirten", referiert GR. Nora Hiltl (ÖVP.) In diesen Heimen werden durch das Jugendamt schwersterziehbare Mädchen eingewiesen. Die Erziehung dieser Jugendlichen erfordert von den Schwestern besondere Leistungen und Opfer. GR. Hiltl weist darauf hin, daß der Gemeinderat für zwei andere Heime, die schwachsinnige Kinder betreuen, Sonderzulagen gewährt hat. Nun erfordert aber auch die Erziehung und Betreuung schwersterziehbarer Jugendlicher einen mindest ebenso hohen Aufwand. Es erscheine daher als recht und billig, auch den Heimen des "Ordens vom Guten Hirten" den selben Sonderzuschlag zu gewähren. Die Referentin stellt den Antrag, diesen Heimen für insgesamt höchstens 125 schwersterziehbare weibliche Zöglinge zur Abgeltung der Mehrauslagen für Personal, Lebensmittel und Sachaufwand einen Sonderzuschlag von täglich 2 Schilling zu gewähren.

GR. Hermine Holub (ÖVP.) bezeichnet das Problem der Jugendverwahrlosung als eines der traurigsten Kapitel unserer Zeit. Zerrüttete Familienverhältnisse, schlechte Filme, Bücher und Zeitschriften tragen viel dazu bei. Aus diesen verkommenen Jugendlichen sollen nun wieder brauchbare Menschen gemacht werden. Dies erfordere von den geistlichen Schwestern in den Erziehungsheimen viel Mühe und Opfer. Es erscheine unrichtig, daß gerade bei diesen Heimen der Pflegegeldbeitrag niedriger ist als bei anderen, die von weltlichem Pflegepersonal geführt werden.

Der Antrag GR. Hiltl wurde einstimmig angenommen.

Eine Enteignungsdebatte

Über vier Fälle von Grunderwerb durch Enteignung gegen Entschädigung zwecks Ausführung von städtischen Wohnhausanlagen berichtete Stadtrat Thaller (SPÖ). Einige Grundstücke in der Wurmsergasse im 15. Bezirk mußten enteignet werden, weil die Eigentümer dieser Grundstücke verkaufsunwillig waren, die dort liegenden Grundstücke der Gemeinde Wien allein aber unverbaubar sind. Die Eigentümer der kriegszerstörten Grundstücke 12., Rauch-

gasse 39, und 12., Breitenfurter Straße 11, sind der Aufforderung, binnen sechs Monaten um die Bewilligung einer ordnungsgemäßen Verbauung anzusuchen, nicht nachgekommen, sodaß kein anderer Ausweg als die Enteignung blieb. Bei einem Grundstück im 3., Erdbergstraße 2, hat wohl der Eigentümer ein **Ansuchen** an den Wiederaufbaufonds gestellt, doch geht hier, da es sich um die Gabelung von zwei Hauptstraßen eines Bezirkes handelt, die städtebauliche Rücksicht der Rücksichtnahme auf einen privaten Grundeigentümer vor.

GR. Dipl.Ing. Haider (WdU) stellt fest, daß die Unabhängigen auf dem Boden des Privateigentums stehen. Sie wüßten aber ganz genau, daß in einzelnen Fällen das öffentliche Interesse schwerer wiege als das private. Bei den vorliegenden Fällen treffe das aber nicht zu. Es sei gleichgültig, wer baut, nur soll möglichst viel gebaut werden. Bei dem Grundstück in der Erdbergstraße war aber der Bauwille des Eigentümers vorhanden. Dem Hinweis auf die städtebauliche Notwendigkeiten müsse entgegengehalten werden, daß ja eine Baugenehmigung erforderlich sei, wodurch den städtebaulichen Erfordernissen in allen Punkten Rechnung getragen werden kann. Auf diese Weise würde sich der falsche Grundsatz einschleichen, daß nur die öffentliche Hand städtebaulich richtig bauen kann. Dies könne aber auch der Private, wenn er sich den baubehördlichen Erfordernissen beuge.

Es scheint, daß es hier nicht um sachliche Belange gehe, sondern um die Enteignung um der Enteignung willen. Vielleicht wolle man das auch propagandistisch auswerten und zeigen, daß man noch immer auf dem marxistischen Standpunkt stehe.

Der Redner stellt den Beschlußantrag, den Antrag auf Erwerb des Grundstückes Erdbergstraße 2 zwecks neuerlicher Prüfung an den Gemeinderatsausschuß zurückzuverweisen und erklärt, daß seine Fraktion diesen Anträgen nicht zustimmen werde.

GR. Dr.Prutscher (ÖVP) ist der Ansicht, daß eine Enteignung möglich sei, da auch das Recht des Eigentums nicht um seiner selbst willen bestehe. Aber es sei ein Mißbrauch, wenn enteignet werde, um einen immer größeren Besitz und eine immer größere Macht in die Hand zu bekommen. Hier enteigne die Gemeinde aus einem Monopolstreben.

Während bei den ersten Enteignungen vorgeschützt werden könne, daß der Grundeigentümer nicht rechtzeitig um einen Wiederaufbaukredit ansuchte, habe der Grundeigentümer in der Erd-

bergstraße den Willen zu bauen. Aber die derzeitige Gemeindeverwaltung sei am privaten Bauen nicht interessiert und wolle dies mit allen Mitteln verhindern, obwohl man alle Kräfte zusammenfassen sollte, damit möglichst viel gebaut werde.

Man könne sogar weiter gehen als heute, unter der Voraussetzung, daß die Gemeindeverwaltung nicht nur enteignet, sondern auch bereit ist, tatkräftig bei der Schaffung von neuem Eigentum mitzuwirken, wie zum Beispiel beim Wohnungseigentum. Eine Enteignung, die neues Eigentum schaffe, könne viel eher im Interesse der Allgemeinheit liegen. Die Sozialisten seien vor Generationen gegen die angebliche Willkür des Privatbesitzes aufgetreten. Nun machen sie die Gemeinde mit diesen Enteignungen zum Mammutbesitzer und damit macht die Gemeinde die Bürger von sich abhängig. Darum hat die ÖVP seinerzeit gegen den Enteignungsparagraphen, der eine willkürliche Handhabung zuläßt, gestimmt und darum lehnen wir die derzeitige Enteignungspraxis der Gemeinde ab. Wir sind nicht eher bereit unseren Standpunkt zu ändern, als bis die Gemeinde auch selbst bereit ist, zur Schaffung neuen Eigentums helfend ihre Hand zu reichen. (Beifall bei der ÖVP).

GR. Bock (SPÖ) stellt fest, daß die ÖVP zwar theoretisch für die Enteignung sei, nicht aber in der Praxis. Wenn behauptet werde, daß die Gemeinde Wien Gründe anhäufe und sich einen Mammutbesitz schaffen wolle, sei dem entgegenzuhalten, daß bisher einschließlich der vier zur Beratung stehenden Fälle bisher insgesamt nur in fünf Fällen von den Enteignungsbestimmungen Gebrauch gemacht wurde. Leider würden die zu enteignenden Grundeigentümer sehr oft von bestimmter Seite schlecht beraten.

Die loyale Vorgangsweise der Stadtverwaltung in der Enteignungsfrage sei aus der Tatsache klar ersichtlich, daß auch eine große Zahl von Grundtuschen durchgeführt werde. Die Gemeinde enteignet nicht etwa um der Enteignung willen. Man sieht auch, daß in anderen Ländern, die keineswegs sozialistisch verwaltet werden, die bürgerliche Klasse die Notwendigkeit der Enteignung erkennt, so beispielsweise in Italien und in Holland. Die ÖVP schreibt viel von der Notwendigkeit des Baues einer U-Bahn. Sie wird sich aber, wenn es einmal wirklich zur Realisierung dieses Projektes kommen sollte, bei ihrer derzeitigen Einstellung zu der Enteignung sehr schwer tun, da dann Enteignungen in weit größerem Umfang notwendig sein werden. Die Sozialisten stehen auf dem Standpunkt: Nicht Enteignung, nur um zu enteignen, son-

dern dann, wenn es das öffentliche Interesse erfordert. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Berichterstatter StR. Thaller betont abschließend, daß es der Gemeinde Wien bei beantragten Enteignungen selbstverständlich nicht darum gehe, mehr Macht in die Hände zu bekommen. Es gehe ihr einzig und allein darum, die bauordnungsgemäße Verbauung in aufgeschlossenen Gebieten zu erreichen. Zu dem von GR. Haider (WdU) besprochenen Fall der Enteignung Erdbergstraße 2 erklärt er, daß in diesem Fall die Gemeinde den wertvolleren Grund in einem Verhältnis von 6 zu 4 gegenüber dem zu enteignenden Grundstück des Privaten habe und den gesetzlichen Bestimmungen gemäß der Antrag der Gemeindeverwaltung berechtigt ist. Würde die Enteignung nicht gelingen, wären die Gründe der Gemeinde unbebaubar. Außerdem handle es sich um die Festlegung der Baulinie. Die Gemeinde handhabt die Bestimmungen der Bauordnung keineswegs willkürlich sondern hält sich strikte an das Gesetz.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Ing. Haider gegen die Stimmen der WdU und der ÖVP abgelehnt, die Anträge des Berichterstatters werden angenommen.

Forschungsstelle für Wohnen und Bauen

Über die Errichtung einer Forschungsstelle für Wohnen und Bauen berichtet gleichfalls StR. Thaller. Die Gemeinde Wien beabsichtigt seit langem, eine solche Forschungsstelle ins Leben zu rufen, da es bei den großen Bauvorhaben der Stadt Wien notwendig ist, alle Erfahrungen und Verbesserungen auf dem Gebiete des Wohnens und Bauens zu sammeln und der neuen Bautätigkeit zugrunde zu legen, um die Grundlagen für ein besseres, billigeres und rascheres Bauen zu erforschen. Die Forschungsstelle soll im Rahmen der Stadtbaudirektion geschaffen werden. Das Interesse der Bundesministerien für Verkehr und verstaatlichte Betriebe und für soziale Verwaltung an der Schaffung dieser Stelle hat seinen Ausdruck bereits in der Überweisung von je 50.000 Schilling als Beitrag für den Sachaufwand gefunden. Leiter der Stelle wird Prof. Franz Schuster sein.

GR. Dr. Matejka (IBL.) begrüßt im allgemeinen die Errichtung der Forschungsstelle, drückt jedoch den Wunsch aus, daß die Umsetzung der Forschungsergebnisse in praktische Handlungen ein anderes Tempo hat, als die Anwendung des im Jahre 1949 be-

schlossenen Enteignungsgesetzes. Zum Wohnen und zum Bauen gehöre eine wirklich radikale Enteignung. Der Grundbesitz soll zum Nutzen der Allgemeinheit verwendet werden. Die Forschungsstelle müsse sich gleichzeitig auch mit der Finanzierung des Bauens befassen. Es wäre wünschenswert, daß die Forschungsstelle innerhalb der kürzesten Zeit zeigt, daß sie auf dem Gebiete des Wohnens und Bauens in der Wiener Gemeindepolitik einen fühlbaren Einfluß hat.

GR. Dipl.Ing. Witzmann (SPÖ) gibt der Überzeugung Ausdruck, daß durch die Forschungsstelle viel mehr arbeitende Menschen in ihrem Heim zweckmäßig und glücklich wohnen werden und die Gemeinde billiger und wirtschaftlicher bauen kann, ohne die soziale Wohnkultur zu vernachlässigen. Eine wissenschaftliche Erforschung der Grundlagen für zweckmäßiges Wohnen und Bauen sei unbedingt erforderlich. So soll zum Beispiel erforscht werden, ob Brausen oder Badezimmer zweckmäßig sind, Dachgeschoßwohnungen gebaut oder nicht gebaut werden sollen, ob die Wohnungen tapeziert oder ausgemalt werden und noch viele andere Fragen. Die Gemeinde Wien, als der größte Bauherr auf dem Gebiete des sozialen Wohnhausbaues, habe die Verpflichtung eine solche Forschungsstelle zu errichten. Der Redner bezeichnet Prof. Schuster als geeignete Persönlichkeit zur Führung dieser Forschungsstelle. Dieser ist mit den Verhältnissen der Gemeinde Wien seit 1923 vertraut und kennt die Sorgen der Wiener und der Stadtverwaltung. Die Ergebnisse der Forschungsstelle werden zu einer neuen und höheren Wohnkultur und somit auch Lebenskultur beitragen und es ermöglichen, daß die nachfolgende Generation besser und glücklicher leben wird.

Stadtrat Thaller erwidert auf die abfälligen Bemerkungen des GR. Dr. Matejka über die Leistungen auf dem Gebiete des sozialen Wohnhausbaues, daß Moskau im Verhältnis zur Größe Wiens nur ungefähr die Hälfte dessen an Wohnungen geschaffen hat, was die Gemeinde Wien nach 1945 errichtet hat. Der große Mangel an Wohnungen in Wien sei auch darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1910 eine Wohnung von durchschnittlich 4,3 Personen, jetzt aber von 2,3 Menschen bewohnt wird. Das heißt, daß die Wohnungen heute nicht mehr so dicht besiedelt sind als früher. Dies kann schon als kleiner Erfolg des Bauens vor 1934 bezeichnet werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Über die Erhöhung des für die Erbauung des Genossenschaftshauses im 22. Bezirk, Erzherzog Karl-Straße 169, bewilligten Sachkredites von 2 Millionen auf 2,650.000 Schilling berichtet gleichfalls Stadtrat Thaller. Er führt aus, daß die ursprünglich vorgesehenen Kosten im Hinblick auf Lohn- und Preiserhöhungen um etwa 30 Prozent gestiegen sind.

GR. Hausner (LBl.) erinnert daran, daß Stadtrat Novy seinerzeit mit besonderem Nachdruck darauf hinwies, daß dieses Genossenschaftshaus in erster Linie den kulturellen Bedürfnissen der dortigen Bevölkerung dienen solle. Nun aber sei nicht die Genossenschaft der Verwalter dieses Hauses sondern der Verein Arbeiterheim. Es werden daher dort vor allem Veranstaltungen der Sozialistischen Partei abgehalten, während die übrige Bevölkerung weniger die Möglichkeit habe, diese Räumlichkeiten zu benützen. Wenn also ein Genossenschaftshaus errichtet wird, dann solle es auch wirklich zweckentsprechende Verwendung finden.

Stadtrat Thaller erwidert in seinem Schlußwort, daß dieses Genossenschaftshaus tatsächlich den kulturellen Bedürfnissen der Bewohner diene und daß dort der erste Versuch gemacht wurde, die Kunst in die Arbeiterviertel zu bringen. Mit der Verpachtung dieses Hauses an die Arbeiterheim-Genossenschaft sei die Mehrzahl der Bewohner dieser Anlage einverstanden.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Erhöhung des Sachkredites genehmigt.

GR. Fürstenhofer (SPÖ) berichtet über eine Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im 4. Bezirk, wo an Stelle des alten abbaureifen Drascheschlössels ein moderner Bau errichtet werden soll.

GR. Lauscher (LBl.) verweist darauf, daß im 4. Bezirk bei 2.500 Kindern bis zum sechsten Lebensjahr nur 200 Kindergartenplätze zur Verfügung stehen. Er stellt daher den Beschlußantrag, in dem vorgesehenen neuen Wohnbau der Gemeinde Wien in der Schelleingasse einen städtischen Kindergarten und in der anschließenden Parkanlage einen Kinderspielplatz zu errichten.

Die projektierte Abänderung wird bewilligt, der Antrag Lauscher über Vorschlag des Berichterstatters dem zuständigen Ausschuß zur Bearbeitung zugewiesen.

Der Rechnungsabschluß des Landwirtschaftsbetriebes

StR. Dkfm. Nathschläger (ÖVP) erläutert hierauf den Rechnungsabschluß 1950/51 und den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 1952/53 des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien und der Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg. Der Landwirtschaftsbetrieb weist im Wirtschaftsjahr 1950/51 infolge einer allgemein guten Ernte und der besseren Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse einen Reingewinn von 363.000 Schilling auf, womit der Reingewinn um rund 300.000 Schilling höher als angenommen ist. Er vermindert sich allerdings durch Deckung eines Verlustvortrages von 163.000 Schilling auf etwa 199.900 Schilling. Die Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg weist ungefähr das gleiche Ergebnis auf wie im Vorjahr. Das Rechnungsjahr schließt mit einem Abgang von 93.700 Schilling ab; gegenüber einem präliminierten Abgang von 175.000 Schilling ist das immerhin wesentlich günstiger.

Mit der Erstellung des definitiven Wirtschaftsplanes mußte bisher gewartet werden, da verschiedene Komponenten, wie die Preise für Brotgetreide, Milch, Importfuttermitteln usw. noch nicht bekannt waren.

Der Amtsführende Stadtrat erläuterte sodann die Wirtschaftspläne des Landwirtschaftsbetriebes sowie der Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg eingehend und stellt den Antrag, beide Anträge anzunehmen.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) bemängelt, daß die Voranschläge mit drei Tagen Verspätung vorgelegt wurden, sodaß in dieser Zeit ohne gesetzliche Ermächtigung gewirtschaftet werden mußte. Es werde nachgerade zur Praxis, die Verwaltung verfassungswidrig zu führen.

Die Betriebe einer öffentlichen Hand haben die Aufgabe, in jeder, vor allem aber in sozialer Hinsicht vorbildlich zu wirtschaften. Der Landwirtschaftsbetrieb der Gemeinde Wien habe aber sämtliche Eigenheiten eines von einem Großgrundbesitzer geführten Betriebes. Dies komme unter anderem auch in der Verringerung der Anbaufläche für Getreide und in einer Vergrößerung der Anbaufläche für Futtermittel zum Ausdruck. Auch bei den sozialen Leistungen werde zu sehr gespart. Redner knüpft daran die Feststellung, der Betrieb werde nicht mehr mit derselben Sorgfalt wie vor dem zweiten Weltkrieg geführt, er sei kein Muster-

betrieb mehr. Die Fraktion des Linksblocks könne dem Rechnungsabschluß und den Wirtschaftsplänen die Genehmigung nicht erteilen.

Amtsführender Stadtrat Dkfm. Nathschläger widerlegt in seinem Schlußwort die Vorwürfe Dr. Soswinskis. Der Landwirtschaftsbetrieb werde keineswegs nach kapitalistischen Gesichtspunkten geführt, wie er an einem umfangreichen Zahlenmaterial dartut. Er verweist insbesondere auf die Milch- und Fleischlieferungen an die Wiener Wohlfahrtsanstalten unmittelbar nach dem Krieg. Die Verringerung der Anbaufläche um 78 Hektar gegenüber dem Wirtschaftsjahr 1950/51 sei vor allem durch Rückstellungen in der Höhe von ungefähr 90 Hektar notwendig geworden. Neben den in den Voranschlägen vorgesehenen sozialen Aufwendungen beständen bei verschiedenen anderen Budgetposten noch namhafte Summen. Daß der Landwirtschaftsbetrieb mit einem Verlust präliminiere, sei in erste Linie auf die schlechte Zuckerrübenernte und auf die nicht kostendeckende Preisgestaltung bei der Milchwirtschaft zurückzuführen. Die Durchschnittserträge des Landwirtschaftsbetriebes der Gemeinde stünden den Durchschnittserträgen anderer Landwirtschaftsbetriebe nicht nach. Aus dem reichen vom Berichterstatter dargelegten Zahlenmaterial sei zu ersehen, daß der Betrieb weder kapitalistisch noch schlechter als andere gleichartige Betriebe geführt werde.

Bei der Abstimmung werden der Rechnungsabschluß 1950/51 des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien und der Schloß- und Gebäudeverwaltung Laxenburg sowie die Wirtschaftspläne für das Wirtschaftsjahr 1952/53 genehmigt.

Stadt Wien kauft zwei wertvolle Strauß-Sammlungen

Stadtrat Mandl (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Ankauf der Sammlungen Strauß-Meyszner und Strauß-Simon. Es erforderte langjährige Verhandlungen und Bemühungen bis es endlich möglich war, diese beiden so wertvollen Sammlungen um 300.000 Schilling für die Stadt Wien zu erwerben. Nicht einbezogen in diesen Kauf sind leider die Originalpartitur der "Fledermaus", der Flügel von Johann Strauß und ein Ölgemälde "Ein Abend bei Johann Strauß". Besonderer Dank für die Erwerbung der Sammlungen gebührt dafür dem Direktor der Wiener Stadtbibliothek Dr. Mitringer und seinem Musikreferenten. Die schönsten Stücke aus diesen beiden Sammlungen sollen im Amt für Kultur und Volks-

bildung in einem Ausstellungsraum der Öffentlichkeit gezeigt werden.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) stellt mit Freude fest, daß es gelungen ist, diese Reichtümer endgültig in den Besitz der Gemeinde Wien zu bringen. Aus der Sammlung kann man sehen, welche große Bedeutung die Wienerstadt einmal auf kulturellem Gebiet hatte. Sie bittet die Gelegenheit wahrzunehmen, in einer Strauß-Sammlung alle diese Kostbarkeiten der Bevölkerung zu zeigen. Sie hoffe, daß sich die Stadt Wien mit aller Kraft einsetzen wird, neben den materiellen Notwendigkeiten, für die im Interesse der Bevölkerung gesorgt werden muß, auch die kulturellen Aufgaben unserer Stadt ins Auge zu fassen, damit Wien weiter das große Kulturzentrum Europas bleiben möge.

GR. Leibetseder (SPÖ) weist darauf hin, daß die Bemühungen zum Ankauf der Strauß-Sammlungen schon auf das Jahr 1928 zurückgehen. Das damalige Angebot belief sich jedoch auf 250.000 Goldkronen. Die Stadt Wien hat daher jetzt die Sammlungen zu einem verhältnismäßig niedrigen Preis erworben. Aber nicht der materielle Wert soll hervorgehoben werden sondern der kulturelle und ideelle. Es besteht nunmehr die Möglichkeit im Wege von Kopien den Musikstudierenden in aller Welt die Originale zugänglich zu machen. Der Redner bedauert, daß die Originalpartitur der "Fledermaus" nicht im Besitze der Stadt Wien ist und regt an, wenn schon ein Ankauf derzeit nicht möglich ist, so sollte doch versucht werden ein Vorkaufrecht zu sichern.

Zur Fledermaus-Partitur erklärt Stadtrat Mandl, daß man versuchen wird, sie nicht aus den Augen zu verlieren.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Sieben neue städtische Wohnhausanlagen

Im Anschluß referierte Stadtrat Thaller (SPÖ) über die Errichtung einer neuen städtischen Wohnhausanlage im 13. Bezirk, Hietzinger Kai, durchgehend zur Auhofstraße. Der erste Bauteil soll am Hietzinger Kai errichtet werden und 168 Wohnungen umfassen. Die Kosten werden sich auf 13,5 Millionen Schilling belaufen. Von dem gesamten Komplex sollen vorläufig nicht ganz 25 Prozent verbaut werden. Der Teil an der Auhofstraße wird voraussichtlich im nächsten Bauprogramm aufscheinen, da auf dem Grundstück noch eine Villa freizumachen ist. Da das

gesamte Grundstück unter Parkschutz stand, mußte erst eine Widmungsänderung beschlossen werden, doch soll ein möglichst großer Teil dieses Parkschutzgebietes erhalten bleiben. Die Wohnungen werden eine Größe von rund 48.5 m² haben und pro Wohnung durchschnittlich 80.000 Schilling kosten.

GR. Wiedermann verweist darauf, daß auf der heutigen Tagesordnung die Errichtung von insgesamt 7 Wohnhausanlagen mit 412 Wohnungen aufscheint. Das zeigt, daß die Gemeinde Wien bestrebt ist, die Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe so weit als möglich einzuschränken. Das zeigt aber auch, daß die Gemeinde alle Kräfte daransetzt, um die ungeheure Wohnungsnot zu lindern.

Der Redner bezieht sich auf ein Flugblatt des ÖVP-Nationalrats Prinke, in dem auch öffentliche Mittel für den Bau von Eigentumswohnungen verlangt werden. Die Sozialisten sind absolut nicht Gegner des Eigentums, stehen aber auf dem Standpunkt, daß Eigentum erworben werden muß und daß es nicht aus öffentlichen Mitteln geschenkt werden kann. Und das wäre nichts anderes als ein Geschenk des Staates an einzelne Bürger. (Vizebürgermeister Weinberger: Das hat Ihre Partei im Parlament mitbeschlossen!) Die Forderung, die die ÖVP jetzt stellt, geht weit über das hinaus.

In erster Linie sollte der sozial Bedürftige, vor allem jener, der durch Kriegseinwirkung nicht nur seine Wohnung sondern auch Hab und Gut verloren hat, zu einer Wohnung kommen. Diese tausende Menschen wurden aber einmal dadurch enttäuscht, daß man nicht, wie es geplant war, die am leichtesten beschädigten Häuser instandgesetzt hat, sondern Neubauten aufführte; ein zweites Mal werden sie nun enttäuscht, weil nahezu jeder Wiederaufbau nurmehr im Eigentumsbau errichtet wird. Ist die ÖVP denn wirklich der Meinung, daß alle diese Ausgebombten in der Lage sind, die für die Erwerbung einer Eigentumswohnung notwendigen Beträge aufzubringen? Und wenn der Erwerber einer Eigentumswohnung nur den Grund erwerben muß, die Kosten für den Aufbau der Wohnung aber aus den Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds vom Staat geborgt oder geschenkt werden, wird in dieser Stadt nicht eine einzige Wohnung mehr errichtet, als das normal der Fall sein könnte. Wo ist dann der Gewinn an Wohnraum?

Wenn der Bau von Wohnhausbauten beschlossen wird, so ist

das auch für die Gewerbetreibenden dieser Stadt von nicht geringer Bedeutung. Ende August war bei den Baustellen der Gemeinde der höchste Beschäftigungsstand zu verzeichnen. Es wurde auf 1600 Baustellen, wovon allein 133 Wohnhausneubauten waren, mit 15.641 Menschen gearbeitet. Es ist zu hoffen, daß zu den 14.000 bereits bezogenen noch tausende neue Wohnungen dazukommen werden.

GR. Schwaiger (ÖVP) entgegnet seinem Vorredner, man müßte der Meinung sein, daß alle Mitglieder des Gemeinderates sich freuen, wenn alle Quellen erschlossen und möglichst viele Wohnungen in Wien geschaffen werden. Es muß eindeutig festgestellt werden, daß das Gesetz über das Wohnungseigentum im Parlament auch mit den Stimmen der Sozialistischen Partei beschlossen wurde. Wir freuen uns, daß dieses Gesetz beschlossen wurde, und wir freuen uns, wenn möglichst viel Wohnraum geschaffen wird und die Menschen zu Eigentum kommen. Das aber ist der Pferdefuß, den die Sozialisten im Gesetz sehen, sie wollen verhindern, daß die Menschen zu Eigentum kommen und damit unabhängiger werden. Die für Eigentumswohnungen aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zur Verfügung gestellten Mittel sind übrigens nur ein Vorschuß, der in 75 Jahren zurückgezahlt werden muß.

Sein Vorredner wäre nicht in der Lage gewesen, auch nur einen Fall anzuführen, daß durch den Verein der Freunde des Wohnungseigentums nicht korrekt gehandelt wurde. Wenn man aber ein Gesetz beschlossen hat, muß man auch den Mut haben, dafür die Verantwortung zu übernehmen.

Stadtrat Thaller stellt in seinem Schlußwort fest, daß die Sozialisten wohl für das Wohnungseigentumsgesetz gestimmt haben, sie haben aber damals nicht vorausgesehen, daß die Bestimmungen des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes von der ÖVP mit dem Wohnungseigentumsgesetz verquickt werden und somit aus den Mitteln der Allgemeinheit Eigentum geschaffen wird. Damit wird nicht eine Wohnung mehr gebaut. Ein Mißbrauch liegt auch darin, daß Wohnungseigentum mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds erworben wird, obwohl das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz beschlossen wurde, um den im Krieg um ihre Wohnung Gekommenen ihre Wohnung wieder zu geben.

Die Zahl der auf den Baustellen der Gemeinde Wien im September Beschäftigten war noch größer als die des Vormonates und betrug 17.599.

Bei der Abstimmung erteilt der Gemeinderat die Baubewilligung.

GR. Wiedermann (SPÖ) berichtet über den letzten zur Verhandlung gelangenden Punkt der Tagesordnung: Wiederherstellung der öffentlichen Gartenanlage 20., Allerheiligenplatz. Er teilt mit, daß es sich hierbei um den zweiten Teil der vollständigen Wiederherstellung dieser Parkanlage handelt.

GR. Dr. Altmann (LBl.) gibt seiner Genugtuung über die in Aussicht stehende Fertigstellung der Gartenanlage Ausdruck und schließt daran den Appell, die Arbeiten mit Beschleunigung durchzuführen, sodaß sie der Bevölkerung bereits im kommenden Frühjahr zur Verfügung steht.

Der Antrag des Berichterstatters auf Bereitstellung der Mittel wird einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Zur Verhandlung gelangt nun ein Dringlichkeitsantrag der GR. Dr. Altmann und Genossen, betreffend die unerträgliche Belastung breiter Kreise der werktätigen Bevölkerung durch den "Preiswucher mit Benzin und durch die Kraftfahrzeugsteuer für Motorräder".

In Begründung der Dringlichkeit dieser Anfrage hebt GR. Dr. Altmann hervor, daß die Sowjetische Mineralölverwaltung das in ihren Anlagen geförderte und raffinierte Benzin zu einem Preis von 1'17 S pro Liter der österreichischen Regierung zur Verfügung stellt. Auf dem Wege von den Tankanlagen bis zum Verbraucher verteuert sich ein Liter Benzin auf 4'11 S, also auf fast das Vierfache. 20 Groschen pro Liter Benzin werden von der österreichischen Regierung zusätzlich eingehoben und den amerikanischen und englischen Benzinmonopolen übergeben, damit ihre Milliardenprofite noch weiterwachsen. Neben dem teuren Benzinpreis werden insbesondere die Arbeiter-Motorradfahrer, die tausende Arbeiter und Angestellten, die sich nur unter größten Mühen ein Motorrad anschaffen konnten, dadurch völlig ungerechtfertigt belastet, daß seit neuestem auch für Kleinmotorräder Kraftfahrzeugsteuer entrichtet werden muß und diese Steuer wesentlich erhöht wurde. Es sei eine Pflicht des Gemeinderates, den Kampf der durch den Preiswucher mit Benzin belasteten Werktätigen zu unterstützen und dazu beizutragen, daß die Neubelastung der Motorradfahrer durch die Kraftfahrzeugsteuer abgeschafft werde.

Als Kontraredner erklärt GR. Book (SPÖ), die Sozialisten seien gegen die Dringlichkeit, weil die Behandlung dieser Frage in die Kompetenz des Bundes falle. Außerdem gebe es in Öster-

reich ein Kraft, die den Benzinpreis willkürlich festlegen kann und dies vor wenigen Wochen auch getan hat, die außerdem die Zuteilung der Benzinration nach eigenem Ermessen vornimmt.

Der Gemeinderat beschließt gegen die Stimmen des Linksblocks, dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuzuerkennen. Der Antrag wird zur weiteren Behandlung dem Magistrat zugewiesen.

Eine dringliche Anfrage der GR. Hausner (LBl.) und Genossen betrifft die Verwendung der von der Besatzungsmacht freigegebenen Meidlinger Trainkaserne. In Begründung der Dringlichkeit der Anfrage verweist der Anfrager darauf, daß Ende Juni dieses Jahres motorisierte Gendarmerieeinheiten in diese Kaserne eingezogen sind. Damit sei in Wien bereits die zweite Kaserne dieser Art eingerichtet worden. Abgesehen davon, daß Gendarmerie in der Bundeshauptstadt nichts verloren hat, dienen militärische Verbände niemals dem Schutz vor Verbrechen. Die gesamte Bevölkerung von Wien hat ein Interesse daran, daß diese Kaserne ausschließlich friedlichen Zwecken zugeführt und Wohnraum in ihr geschaffen wird.

Bei der Abstimmung wird der Anfrage die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Die Antwort wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

Debatte über den Rommel-Film

Die GR. Dr. Matejka (LBl.) und Genossen haben eine Anfrage eingebracht, betreffend die "Provokation der Wiener Bevölkerung durch Aufführung des Rommel-Films und die brutalen Gewaltmaßnahmen von Polizeimannschaften unter dem Kommando des Generals Täubler gegen friedliche Demonstranten".

GR. Dr. Matejka (LBl.) führt in mündlicher Begründung der Anfrage aus: Seit Jahr und Tag ergieße sich über Wien eine Flut von Schmutz und Schund auf dem Gebiete des Films, die aus dem Westen kommt und einem eindeutigen Zweck dient. Diese sogenannte kulturelle Mission sei einerseits auf das engste mit dem großen Geschäft verbunden, andererseits mit der Absicht, die Bevölkerung psychologisch für einen kommenden Krieg vorzubereiten. Aus dem Westen kommen auch Filme, die ausschließlich den Zweck haben, die Kriegsverbrecher zu verherrlichen. Ein solcher Film ist "Rommel, der Wüstenfuchs". Und da haben sich in unserer Stadt aufrechte Österreicher gefunden (lebhaftes Zwischenrufe), um mit dieser Art von Kriegspropaganda Schluß zu machen (andauernde Unruhe), einzig und allein zu dem Zwecke, daß wir nicht noch einmal dieses

Elend über uns ergehen lassen müssen, das die Kriegsverbrecher vom Schlage eines Rommels über uns gebracht haben (Zwischenruf: Und eines Paulus!)

Die Ausführungen des Redners werden wiederholt von stürmischen Zwischenrufen aus den Bänken der anderen Parteien unterbrochen. Seine Schlußworte gehen in einem allgemeinen Tumult unter. (StR. Afritsch: Er redet von Dingen, die er gar nicht gesehen hat; denn er muß reden! - Dr. Matejka: Ob ich den Film gesehen habe, das geht Sie einen Dreck an? - Dr. Soswinski: Verteidiger der Faschisten?)

Der Gemeinderat lehnt den Antrag Dr. Matejkas auf Verlesung und Besprechung der Anfrage gegen die Stimmen des Linksblockes ab. Bürgermeister Jonas teilt mit, daß die Beantwortung schriftlich erfolgen werde.

Sodann gelangt folgende Anfrage der GRe. Mühlhauser (ÖVP) und Genossen zur Verlesung.

"Die gefertigten Gemeinderäte richten an den Herrn Bürgermeister die dringliche Anfrage, wann der Rommel-Film in Wien wieder aufgeführt wird? - Begründung: Auf Grund verschiedener kommunistischer Demonstrationen mußte die im Gartenbaukino laufende Aufführung des Rommel-Filmes abgebrochen werden, da ansonsten infolge der örtlichen Lage des Gartenbaukinos Komplikationen mit einer Besatzungsmacht hätten eintreten können.

Da es sich jedoch die Wiener Bevölkerung keineswegs bieten lassen kann, durch eine verschwindend kleine kommunistische Minderheit terrorisiert zu werden und der Film von allen zuständigen Stellen für vollkommen einwandfrei erklärt wurde, wird an den Herrn Bürgermeister die Anfrage gestellt, was er zu unternehmen gedenkt, daß der genannte Film möglichst rasch in einem anderen Wiener Kino aufgeführt wird".

GR. Mühlhauser begründet die Anfrage wie folgt: Die Vorfälle, die sich anlässlich der Aufführung des Rommel-Films ereignet haben, zwingen uns, uns mit dieser Tatsache im Wiener Gemeinderat dringendst zu befassen. Es geht nicht um den Inhalt und die Qualität des Rommel-Films, sondern darum, ob es einer verschwindenden Minderheit in dieser Stadt möglich ist, der Mehrheit durch brutale Gewalt und blutigen Terror ihre Meinung aufzuzwingen. Weite Kreise der Wiener Bevölkerung, die sich diesen Film nicht angesehen haben und vielleicht auch nicht ansehen

werden, sind empört darüber, daß nicht der Wille der Mehrheit dieser Stadt, sondern der einer verschwindenden Minderheit Geltung haben soll, die mit Pflastersteinen und Eisenstangen das Leben braver Wachleute und von Passanten gefährdet. (GR. Wicha (WdU): Friedenstauben! - Lebhaftes Zwischenrufe beim Linksblock.) Die Stadtverwaltung darf sich nicht dazu hergeben, sich vor dieser Meute zu beugen. (Stürmische anhaltende Zwischenrufe beim Linksblock. - Lebhaftes Gegenrufe bei den anderen Parteien - Dr. Matejka: Die Rommel-Meute!) Ohne Rücksicht auf die Gesundheit der Wiener Bevölkerung, der Passanten, ohne Rücksicht auf Beschädigung von Eigentum hat diese verschwindende Minderheit Rowdies aufgeboten, die der Wiener Bevölkerung ihren Willen aufzwingen wollen. Heute ist es der Rommel-Film - morgen soll es vielleicht eine Angelegenheit sein, die an den Lebensnerv der Wiener Bevölkerung rührt.

Es geht also nicht allein um den Rommel-Film, sondern darum, der Wiener Bevölkerung zu zeigen, daß nicht Gewalt und Terror herrschen, sondern nach wie vor Gesetz und Recht. Wir müssen der Bevölkerung zeigen, daß alle verantwortlichen Männer dieser Stadtverwaltung bereit sind, mit Einsatz aller Kräfte und aller Mittel diesen Terror zu brechen, daß wir dazu bereit sind und auch die Stärke haben, Recht, Gesetz und Freiheit gegen die kommunistischen Banden zu verteidigen. (Lebhafter Beifall. Stürmische anhaltende Zwischenrufe beim Linksblock.)

Der Anfrage wird einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt.

Dr. Vizebürgermeister Weinberger erklärt zum Thema Rommel-Film, daß GR./Matejka in seiner Rede nur das wiederholt hat, was in der russischen "Österreichischen Zeitung" über diesen Film geschrieben wurde. Er selber hätte leider nicht die Möglichkeit diesen Film zu sehen, da er wie tausende andere Wiener durch den Terror der KP daran gehindert wurde. Er habe sein Urteil aus Berichten von Augenzeugen und denen der Zeitungen. Er glaube daraus auf zwei Gründe schließen zu können, warum sich die Kommunisten gegen diesen Film stellen. Der erste Grund wäre der, daß es den Kommunisten nicht recht ist, wenn die Jugend sieht, wie sich ein General den Freiheitskämpfern anschließt und einsieht, daß Schluß gemacht werden müsse.

Der zweite Grund scheint in der Tatsache zu liegen, daß in diesem Film Invasionsbilder gezeigt werden, die einen Überblick über die Stärke und Macht der Westmächte geben. Diese Bilder vermitteln den Eindruck, daß, wenn auf dieser Welt einmal mit Gewalt entschieden werden müßte, es nicht nur eine Gewalt gibt, die siegen kann. Wenn man heute in unserer Welt überhaupt noch von einer Bedrohung der Freiheit und Menschenwürde sprechen kann, dann sind es die Kommunisten, die diesen Faschismus vertreten. Waffen aller Art haben die Herren der Friedenstaube gebraucht um die Leute, die den Film sehen wollten, daran zu hindern. Sie hätten es jedoch genau so machen sollen, wie es das österreichische Volk während der Sendungen der russischen Stunde macht; es dreht das Radio ab. Die Kommunisten hätten einfach aus dem Kino draußen bleiben sollen und es den anderen überlassen hineinzugehen. Es geht hier jedoch weniger darum, ob der Film gut oder schlecht ist, sondern daß es in dieser Stadt nicht möglich sein darf, daß eine kleine Minderheit ihren Willen mit brutaler Gewalt allen aufzwingt. Dies soll nur vorübergehend gelungen sein. Deshalb sind wir nicht in den Kerker gegangen, waren wir nicht in den Totenkammern, um eine Gewalt für einen anderen Terror und eine andere Gewalttat einzutauschen. (Starker Beifall bei SPÖ und ÖVP). Es geht hier um das Recht der freien Meinungsäußerung, es geht um das Recht der Mehrheit des Wiener Volkes, daß es das anschauen kann, was ihm gefällt oder nicht gefällt. Vizebürgermeister Weinberger spricht in diesem Zusammenhang der Wiener Polizei, die schlecht ausgerüstet diesen Terror standgehalten hat, den Dank der Stadt aus. (Beifall bei SPÖ, ÖVP und WdU) Der Redner erklärt abschließend, alle die an einen Rest von Freiheit glauben, haben die Pflicht, daß dieser Terror der Kommunisten nicht aufkommt und auch dadurch gebrochen wird, daß der Film "Rommel, der Wüstenfuchs" in den nächsten Tagen wieder aufgeführt wird. Er ersucht alle zuständigen Stellen dies baldigt zu ermöglichen.

Während der Ausführungen des GR. Dr. Matejka kommt es zu langandauernden Zwischenrufen und Auseinandersetzungen zwischen SPÖ und ÖVP einerseits und dem Linksblock andererseits. Wer die Ausführungen des Vizebürgermeisters Weinberger hörte,

sagt er, muß den Eindruck haben, daß es nicht um den Film "Rommel der Wüstenfuchs", sondern, wie Vizebürgermeister Weinberger ihn wahrscheinlich nennen wird "Rommel der Freiheitsfuchs" geht. Nun geht es hier um "Rommel der Wüstenfuchs". (Vizebürgermeister Weinberger: Um die Freiheit! - GR. Wicha: Um den Terror!)

Es gibt nicht eine Auffassung von Freiheit, es gibt deren mindestens zwei. Mit dieser billigen Demagogie hat das sogenannte liberale Bürgertum ein Jahrhundert lang die Arbeiterbewegung auf der ganzen Welt terrorisiert, geschunden und ausgebeutet. Mit dieser Freiheitsauffassung wollen wir, die fortschrittlichen Menschen dieses Landes und der ganzen Welt nicht das geringste zu tun haben. Daß die Sozialisten dieses Hauses in den sogenannten liberalistischen Freiheitsbegriff zurückfallen, bedauere ich lebhaft. Und wenn ein Vizebürgermeister der Volkspartei die These aufstellt, überlassen sie alles auf diesem Gebiet nur dem Urteil des Volkes, dann frage ich Sie, warum Sie vor zwei Jahren ein Gesetz zum Schutz der Jugend vor diesem schändlichen Schmutz eingeführt haben. Warum sagen Sie da nicht, überlassen sie das der Urteilkraft der Bevölkerung?

Sie wissen genau, daß dieser Liberalismus direkt in den Faschismus hineingeführt hat. Mag sein, daß es dem Herrn Graf durchaus paßt, denn er bekennt sich dazu, ein solcher Faschist zu sein. Aber allein das schon, daß er dafür eintritt, müßte genügen, daß die vernünftigen Menschen dieser Stadt und dieses Landes dagegen aufstehen.

Zu lebhaften Zwischenrufen kommt es, als GR. Sigmund (SPÖ) den Redner fragt, wo er 1934 war und Dr. Matejka ihn einen Verleumder nennt. Schließlich unterbricht Bürgermeister Jonas den Redner, da seine Redezeit abgelaufen ist.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) erklärt, daß gar nicht der Film zur Debatte stehe. (GR. Dr. Soswinski: Sagen Sie!) Zur Debatte steht alles das, was rund um diesen Film geschehen ist. Die Frage, ob der Film überhaupt notwendig war, kann man bejahen oder verneinen. Ich persönlich glaube, daß sehr viele Österreicher ohne den Film ausgekommen wären, es kann aber auch sein, daß sehr viele Menschen daran etwas finden. Es hätte mich am wenigsten gewundert, wenn die ehemaligen Nationalsozialisten gegen den Film demonstriert hätten, denn die hätten Ursache dazu gehabt.

Es handelt sich grundsätzlich darum, ob jemand, dem etwas nicht paßt - ob nun der Grund plausibel ist oder nicht - solche Methoden anwenden und seinen Willen damit durchsetzen kann. Wenn diese Methoden, die Sie propagieren, Allgemeingut wären, wären Sie die ersten Leidtragenden. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.) Denn 95 Prozent der österreichischen Bevölkerung lehnen Ihre Ideologie ab, und Sie werden es ebenso wenig wie wir wünschen, daß die Methode der Austragung von Meinungsverschiedenheiten auf dieses Niveau herabsinkt, auf das Sie es haben herabsinken lassen.

Der Redner verweist darauf, daß man Rommel als er ums Leben kam, im Moskauer Rundfunk als Widerstandskämpfer gefeiert hat. Für die übergelaufenen Generale Paulus, Seydlitz habe man in Moskau einen eigenen Sender "Freies Deutschland" errichtet. Der Redner zitiert ostdeutsche Zeitungen, in denen unter der Überschrift: Waffen, die den Frieden schützen, Knaben und Mädchen der FDJ mit Waffen dargestellt werden, während ein Bild eines amerikanischen Soldaten mit der Unterschrift versehen ist: Das sind die Waffen, die den Krieg erzeugen.

Die Sozialisten begrüßen es, daß die ÖVP durch diese Anfrage ein Bekenntnis abgelegt hat, das sie nicht in allen Situationen eingehalten hat. (Ruf bei der ÖVP: Wo?) Bei der Sünderin! Es wäre auch interessant zu erfahren, worauf sich die Äußerung des ÖVP^{der} Bezirksvorstehers des 1. Bezirkes, Dr. Friesinger, gestützt hat, wie aus Zeitungsmeldungen hervorgeht, einer Deputation des Linksblockes erklärte, daß er sowohl im Rathaus wie bei der Polizei die Absetzung des Films verlangt habe. (Vizebürgermeister Weinberger: Der Bürgermeister und Stadtrat Afritsch wissen, daß das nicht wahr ist!)

Es geht also gar nicht um den Film, es geht darum, daß es nicht angehen kann, eine Meinung mit diesen Methoden durchsetzen zu wollen. Sie sind eine anerkannte Partei und haben das Recht, daß man ihre Tätigkeit schützt, das gleiche gilt aber für alles, was in diesem Staate vor sich geht. Überlassen Sie es ruhig dem gesunden Sinn der Bevölkerung. Wer nicht hingehen will, soll abdrehen wie bei der russischen Stunde oder zu Hause bleiben wie bei der Scala.

GR.Dr. Soswinski (LBl.) bezeichnet Rommel als einen General, der zehntausend Menschen am Gewissen hat. Er habe die Idee des Massenmordes durch viele Jahre verkörpert. Wenn diesem Film der von Stalingrad gegenübergestellt wird, so kann nur gesagt werden,

daß viele Menschen aus den Konzentrationslagern ihr Leben der Roten Armee und deren raschen Vormarsch zu verdanken hätten. Wenn man Rommel und Stalingrad einander gegenüberstellt, so ist dies so wie eine Gegenüberstellung zwischen Heimwehr und Schutzbund. Aus diesen Gründen lehne seine Fraktion diesen Film ab.

GR. Schwaiger (ÖVP) spricht von der Wichtigkeit und dem Ernst der Sache, bei der es um die Demokratie in Wien und Österreich geht. Er bezeichnet die Behauptung des GR. Dr. Matejka, der erklärte, daß die Mehrheit des Volkes in dieser Angelegenheit hinter der KP steht, als eine gemeine Beleidigung der Wiener. Solche Dinge müssen im Keime erstickt werden. Sie dürfen in Wien und in Österreich nicht aufkommen. Eine verschwindend kleine Minderheit kann nicht die Mehrheit des Volkes terrorisieren. Dafür werde auch der Wiener Gemeinderat sorgen. Die Behauptungen der KP-Presse über Bez. Vorst. Dr. Friesinger bezeichnet er als Lüge. GR. Lauscher (LBl.) erklärt, daß der VdU die Aufführung des Rommel-Filmes für größere faschistische Kundgebungen zum Anlaß nehmen wollte. Die Aufführung des Rommel-Filmes liege auf der Linie der Wiedereinstellung der ehemaligen Nazigeneräle in bedeutende Funktionen einer neuen Wehrmacht. Solche Bestrebungen müßten im Keime erstickt werden.

GR. Marek (SPÖ) unterstreicht gleichfalls: Es geht hier nicht darum, ob ein guter oder schlechter Film zur Aufführung gelangt, es geht vor allem um die Frage: Faschismus oder Demokratie? Dr. Matejka hat eine Definition des Begriffes Liberalismus gegeben. Liberalismus heißt Freiheit, für uns Anerkennung der Menschenrechte, Freiheit des einzelnen Individuums, freie Wahl eines Buches, eines Theaterstückes, es bedeutet für uns, Mensch zu sein, ohne, wenn wir unsere Meinung äußern, zittern zu müssen. Während bei uns am 1. Mai die Werktätigen mit Fahnen, Gesang und roten Fahnen aufmarschieren, wird vor dem Kreml durch sieben Stunden eine Militärparade abgehalten. Dort, sagen Sie, dient das zur Verteidigung des Vaterlandes. Wenn aber wir zur Verteidigung des Vaterlandes der Polizei einige Pistolen oder Gewehre geben wollen, ist das in ihren Augen Hochverrat. (Lebhafter Beifall bei den Mehrheitsparteien und der WdU.)

Dr. Soswinski hat heute seine Nerven verloren, indem er sich dazu hinreißen ließ, zu sagen: Wenn Sie diesen Film in dieser Stadt aufführen, werden wir alles tun, um es zu verhindern! Alles tun, heißt aber, die freie Meinung dieser Stadt mit allen Mitteln zu unterdrücken. Das verpflichtet uns, über alle Gegensätze hinweg zusammenzustehen, um die Freiheit zu verteidigen, die unabdingbar ist und die nicht definiert werden muß, die Freiheit des Rechtes, des Bekenntnisses der Menschlichkeit. (Starker Beifall.) Wir werden den Arbeitern sagen, daß es hier nicht um einen guten oder schlechten Film geht, sondern darum, ob Menschen hocharhobenen Hauptes als freie Bürger leben und arbeiten können und nicht von Ihnen unter Druck gestellt werden. Ihre Methode ist es, Druck zu erzeugen, die Menschen unsicher zu machen, Deputationen zu schicken. Wir müssen einen Trennungsstrich ziehen zwischen den Bürgern dieses Landes, die für die Freiheit sind, und jenen, die diese Freiheit bedrohen. Wir sind gegen jeden Militarismus, wir sind Demokraten und Antifaschisten und lehnen es ab, daß unser ehrliches Bekenntnis zur Freiheit und Demokratie irgendwie kritisiert wird. (Starker Beifall)

GR. Dr. Altmann (LBl.) erklärt: Freiheit ohne Definition, wie sie GR. Marek gemeint hat, haben uns just die Faschisten empfohlen. Freiheit für wen? Für die Rommels oder Rendulic's, für die Mördergenerale und diejenigen, die unter ihrer Führung einen neuen Massenmord vorbereiten? Wir verlangen Freiheit für die breiten Massen des Volkes, für die, die ihr Leben und ihre Existenz verteidigen.

Bei dieser Debatte geht es um die grundsätzliche Frage, ob es in Österreich erlaubt sein soll, daß solche, die Österreicher in Massen gemordet haben, uns als Vorbild hingestellt werden und daß Widerstandskämpfer dadurch beleidigt werden sollen, daß ein solcher Mörder als Widerstandskämpfer hingestellt wird. Jeder, der die Freiheit verteidigt, die Rommel verkörpert, sagt gleichzeitig, daß er gegen die Freiheit ist, die die Demokraten in diesem Lande erkämpft haben. Wer es wagt nach Vorfällen, wie sie sich anlässlich der Provokation des Rommel-Films ereignet haben, davon zu sprechen, daß die Freiheit verteidigt werden soll, die in Rommel ihren Ausdruck findet, der weiß entweder nicht, was Freiheit ist, oder er hat diese Freiheit verraten und verkauft.

GR. Sigmund (SP) knüpft die Tatsache an, daß er selbst den

Film zu sehen Gelegenheit hatte. Er habe das Gefühl gehabt, daß durch ihn der Jugend gezeigt werden solle, wie sich Dinge abgespielt haben, die sich nie mehr wiederholen sollen, und die den Älteren wieder ins Gedächtnis rufen sollen, wohin wir kommen, wenn die Freiheit in Gefahr ist. Er habe die Überzeugung gewonnen, daß der Film durchaus keine Kriegsbegeisterung erwecke. Wenn GR.Lauscher gesagt habe: Man muß im Keime ersticken, was faschistische Tendenzen in sich trägt! dann müsse man sagen: Der Faschismus beginnt damit, die Mehrheit des Volkes unter Druck und Furcht zu setzen. Seit 1945 hatten alle Parteien die Möglichkeit, frei für ihr Programm zu werben. Nur ein kleiner Teil des österreichischen Volkes war der Meinung, daß die kommunistische Partei berufen ist, die Geschicke unseres Landes zu lenken. Wir werden nicht dulden, daß 93 Prozent der Wiener das machen müssen, was 7 Prozent glauben. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit und in Gedanken an die Zukunft werden wir uns wehren, aus einem braunen Faschismus in einen roten Faschismus geführt zu werden. (Starker Beifall bei den Mehrheitsparteien.)

GR.Hausner (LBl) verweist auf den in der "Wiener Zeitung" erschienenen Artikel über den Rommel-Film, in dem zum Ausdruck komme, daß man es genug habe, mit amerikanischen Kriegssensationsfilmen beglückt zu werden, weil wir als Wiener diese Zeit ohnehin zur Genüge am eigenen Leib erlebt haben. Die Wiener Bevölkerung hat in ihrer Mehrheit bei der Aufführung dieses Filmes dasselbe empfunden. Man sagt, die Minderheit habe kein Recht, gegen diese Provokation aufzutreten. Aber auch die Sozialistische Partei war einmal eine Minderheit und hat sich trotzdem darauf berufen, die Mehrheit der Arbeiterschaft zu vertreten. So nehmen auch wir für uns das Recht in Anspruch, die Mehrheit der österreichischen Arbeiterschaft zu vertreten, die gegen den Krieg ist, für den Frieden eintritt und sich nicht provozieren lassen will.

GR.Planek (SP) erklärt: Ich habe diesen Film abgelehnt, bevor er noch erschienen ist, ich habe in der Prüfungskommission der Gemeinde Wien abgelehnt, ihn jugendfrei zu geben. Ich bin der Meinung, daß der Film wohl geeignet sein kann, bei jungen Menschen einen falschen Eindruck hervorzurufen.

Man muß wohl in Betracht ziehen, was ein Mensch in seinem Leben tut und wie er sich wandelt. Wenn die Linke dieses Hauses meint, dieser Film verherrliche einen Faschisten, so mag das richtig sein für Rommel als Mann. Aber ohne Zweifel zeigt dieser Film auch Rommel als Menschen, er zeigt die große Wandlung dieses Menschen und den wachsenden Widerstand in Deutschland gegen den Faschismus. Ich würde ^{sich wandelt, denn das ist das Leben.} niemanden übel nehmen, wenn er /

Hier kommen wir zu einer Wahrheit. Es wird diskutiert über eine Sache, die man nicht gesehen hat. Es wird einfach gesagt: Wir lehnen alles ab, was uns gegen den Strich ist. Es ist unrichtig zu sagen, dieser Film ist für uns kein Diskussionsgegenstand. Demokratie ist nur möglich durch Diskussion. Demokratie kann nur leben, wenn es eine Form der freien Meinungsbildung gibt. Wohin käme man, wenn eine kleine Minderheit dieses Landes morgen zum Beispiel ein Buch zum Anlaß nimmt, um auf der Straße zu demonstrieren? Ich nehme an, daß alle Menschen dieses Landes, vielleicht bis auf eine kleine Minderheit der Kommunisten, der Überzeugung sind, daß wir auf dem Boden der Demokratie bleiben müssen, wenn wir wollen, daß dieses Land in Friede und Freiheit weiterlebt. Wenn wir diese freie Entwicklung dieses Landes wollen, müssen wir uns gegen diesen Terror von links mit allen Mitteln wenden.

Über den Begriff Freiheit kann man verschiedener Auffassung sein. Aber die Definition, die uns von den Kommunisten in diesem Hause in anschaulicher Weise vorgeführt wird, diese Praxis einer Freiheitsübung lehnen wir ab. Die Kommunistische Partei kann uns nicht davon überzeugen, daß in dieser ^{der Freiheit} Form eine auf Humanismus begründete Entwicklung des menschlichen Lebens möglich ist. Wir lehnen die Einparteien-Diktatur, wo es nur eine Partei gibt, die zu diktieren hat und vorschreibt, was öffentliche Meinung ist, ab. Wir sind der Überzeugung, daß dieses System von vornherein die Demokratie ausschaltet, weil es die Menschen nicht zum kritischen Denken führt. Wir wollen eine friedliche Entwicklung dieses Landes, darum werden wir jede Form des Terrors, von welcher Seite er immer kommen mag, ablehnen.

Bürgermeister Jonas, der den Vorsitz führt, teilt mit, daß sich GR.Dr. Matejka noch einmal zum Wort gemeldet hat, nach der Geschäftsordnung aber nicht mehr sprechen kann. (GR.Dr. Matejka: Der Fuchs im Paragrafen!)

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

GR.Dr.Altmann (LBl) verlangte in einer Anfrage eine "Protestmaßnahme der Stadt Wien gegen die unsoziale und antidemokratische Vervielfachung der Studiengebühren an den Hochschulen". Diese Vervielfachung der Gebühren bedeute nichts anderes, als einen Ausschluß der minderbemittelten Söhne und Töchter des arbeitenden Volkes vom Hochschulstudium. Es wisse, der der Bürgermeister in dieser Angelegenheit keine Anordnungen treffen könne, doch wenn die Stadt Wien dagegen Stellung nimmt, wäre die Regierung gezwungen, von diesem Anschlag auf die wissenschaftlichen Institute Abstand zu nehmen.

Die Verlesung des Antrages wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Die Antwort wird daher auf schriftlichem Wege erfolgen.

Insgesamt standen 110 Geschäftsstücke auf der Tagesordnung. Die meisten davon wurden ohne Debatte angenommen. Darunter befinden sich zahlreiche Abänderungen von Bebauungsplänen, der Ankauf von Liegenschaften, Tauschverträge, die Errichtung eines kleinen Wasserkraftwerkes in Hirschwang, Sachkredite für den Wiederaufbau städtischer Häuser, der Umbau einer Kesselanlage in der Nervenheilanstalt Rosenhügel, der Sachkredit für den Umbau von 15 Saurer-Stadtomnibussen auf Fahrgastfluß, der Kauf der Privatleichenbestattung Hausenberger in Biedermannsdorf durch die Städtische Bestattung, die Errichtung einer zusätzlichen Stiegenanlage in der Stadtbahnstation Schwedenplatz, die Regulierung des Mitterbaches in Schwechat usw.

Schluß der Sitzung um 18,35 Uhr.

Abschiedsbesuch bei Bürgermeister Jonas
=====

3. Oktober (RK) Der britische Stadtkommandant Brigadier Knowles stattete heute mittag Bürgermeister Jonas seinen Abschiedsbesuch ab. Gleichzeitig stellte er dem Bürgermeister seinen Nachfolger, Brigadier Howard, vor.